

Resolution zur Revision der Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)

Für eine faire Arbeitslosenversicherung und gegen den anhaltenden Sozialabbau auf Raten

SP will eine Arbeitslosenversicherung, die diesen Namen auch verdient. Und die SP will ein soziales Sicherheitsnetz, wie das die Arbeitnehmenden mit allem Recht von ihrem Staat erwarten. Auf schockierende Weise hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit im Dezember bewiesen, dass sie das anders sieht und wie sie sich um das Wohl von derzeit rund 180'000 Arbeitslosen und ihren Familien foutiert. Gemäss den Plänen von Bundesrat und Bürgerlichen sollen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in der laufenden Revision der Arbeitslosenversicherung schmerzhaft gekürzt werden. Und das ausgerechnet in einer wirtschaftlich so schwierigen Zeit, während der immer mehr Menschen den sozialen Abstieg bedingt durch den Stellenverlust fürchten. Besonders hart soll es dabei die Schwächsten - junge Arbeitslose und Langzeitarbeitslose - mit folgenden Abbaumassnahmen treffen:

- Die Zumutbarkeitskriterien für Junge werden verschärft. Unter 30-Jährige müssen auch eine Arbeit annehmen, die nicht ihrer bisherigen Qualifikation und Tätigkeit entspricht: Junge Akademiker und Fachkräften werden so gezwungen, auf die Schnelle jegliche angebotene Stelle zu akzeptieren. Berufseinsteiger können gar nicht Fuss fassen in ihrem Beruf.
- Die Entschädigung von derzeit 70 oder 80 Prozent des Lohnes soll nach einem Jahr in der Arbeitslosigkeit um 5 Prozent und nach einem weiteren Vierteljahr nochmals um 5 Prozent gekürzt werden.
- Wer nach einer Aus- oder Weiterbildung keine Stelle findet, soll mindestens ein Jahr auf ein Taggeld warten müssen. Die Bemühung, sich besser zu qualifizieren wird von der Arbeitslosenversicherung damit noch bestraft, nachdem die betroffenen Personen für die Weiterbildung ja bereits auf ein Einkommen verzichtet haben.
- Die Kanton sollen nicht mehr wie bisher bei besonders hoher Arbeitslosigkeit die maximale Taggeldzahl von 400 auf 520 Taggelder erhöhen können.

Dem Abbau auf der Leistungsseite stehen minime Mehreinnahmen gegenüber – und das obwohl die Beiträge früher schon deutlich höher waren. Gerade in dieser schweren Wirtschaftskrise ist eine leistungsfähige und Vertrauen schaffende Arbeitslosenversicherung zwingend nötig.

Die Revision bestraft jetzt mitten in der Krise die Arbeitslosen. Doch sie haben das Debakel weder verursacht noch verschuldet. Es darf nicht sein, dass nun die Arbeitnehmenden die bitteren Folgen der Finanzkrise allein ausstehen müsse, nachdem der Staat den Verantwortlichen des Casino-Kollapses mit Milliarden aus der Patsche geholfen hat. In den Teppichetagen des Finanzplatzes ist jene Gier, die die Krise massgeblich mitverursacht hat, bereits wieder zurückgekehrt: Während die breite Öffentlichkeit die Folgen des Casino-Kollapses ausbaden muss, werden bereits wieder Boni und Eintrittsprämien in Millionenhöhe verteilt.

Was jetzt von Bürgerlichen als Sparkurs propagiert wird, ist eine verantwortungslose und menschenverachtende Politik. Gegen diese derart unausgewogene Revision der Arbeitslosenversicherung muss die SP das Referendum ergreifen, damit das Volk das letzte Wort hat. Die Sozialwerke müssen gestärkt und vor allem finanziell abgesichert werden. Wer jetzt die Arbeitslosenversicherung die nötigen Mehreinnahmen verweigert, zielt nur darauf ab, schon bald weitere Leistungskürzungen zu verlangen.